Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44. | Dresden, Donnerstag den 24. Februar 1910. | 21. Jahrg.

Der schwarze Block in Preußen.

Die Nationalliberalen mit den Schwarzen.

In der preußischen Wahlrechtskommission haben sich überraschende Wendungen vollzogen. Wie im vorigen Jahre bei der „Finanz-Reform", so finden sich Zentrum und Konservative auch bei der Wahlrechts-„Reform" zu einem schwarzen Reaktionsblock zusammen. Es ist ein tolles, freches Stück, das diese Parteien aufführen. Während die Regierungsvorlage die öffentliche Stimmabgabe vollzogen. Während die Regierungsvorlage die öffentliche Abstimmung beibehalten und die indirekte Wahl durch Wahlmänner beseitigen wollte, kehrt das klerikal-konservative Kompromiß diese Forderungen einfach um, verlangt Beibehaltung des bisherigen indirekten Wahlmännersystems und geheime Wahl. Das Manöver soll den Schein erwecken, als ob jede der beiden beteiligten Parteien der andern halbwegs entgegenkomme, als ob das Zentrum den Konservativen durch Zubilligung der indirekten Wahl entgegenkomme und als ob gegen diese Gabe die Konservativen auf die öffentliche Abstimmung verzichten. Aber dieses Manöver ist so ungeheuerlich, so ungeheuerlich es an sich wäre, es ist nur Kompromiß, so ungeheuerlich es an sich wäre, es ist nur Schwindel und Trug. Denn einerseits ist bei der geringen Zahl der Wähler in der zweiten und ersten Wählerklasse, besonders in den ländlichen Wahlbezirken, die Wahlkontrolle so leicht möglich, daß sich kein Wähler ihr entziehen kann. Andererseits soll die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner auch wie vor öffentlich bleiben. Die Wahlmänner sollen also unter dem Druck der Landräte und sonstigen politischen und wirtschaftlichen Machthaber verbleiben. Damit wird die angebliche konservative Konzession als ein nichtswürdiger Volksbbetrug gebrandmarkt.

Die Zentrumspartei weiß natürlich ganz genau, daß das alles elender Betrug ist. Diese Partei, die „prinzipiell", wie sie sagt, das allgemeine, gleiche Wahlrecht vertritt, sie gibt sich zu jeder Schurkerei her, um mit den Konservativen zusammenzugehen und diese Partei aus ihren Schwierigkeiten zu erlösen.

Nicht minder elend ist das Verhalten der Nationalliberalen. Die nationalliberalen Vertreter in der Wahlrechtskommission haben für das klerikal-konservative Kompromiß gestimmt. Es wurde zwar erklärt, daß diese Abstimmung eine vorläufige sei, daß man sich die endgültige Stellungnahme vorbehalte. Jedoch die erste Zustimmung ist bezeichnend genug. Die praktischen Nationalliberalen haben vor nichts mehr Angst, als daß sie wieder, wie bei der Reichsfinanzreform, ausgeschaltet werden könnten und Opposition spielen sollen. Lieber kriechen sie unter das schmählichste Joch, das ihnen die Konservativen und Klerikalen aufrichten. Das Elend der Nationalliberalen ist aber noch größer, denn erst ihre Stellungnahme gegen das gleiche Wahlrecht hat es dem Zentrum ermöglicht, sein Ludespiel zu treiben. Die Nationalliberalen sind im Begriff, sich vollständig moralisch und politisch zu degradieren und zu ruinieren.

•

Ueber die Abstimmungen in der Kommission wird aus Berlin gemeldet:

Berlin, 22. Februar. Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses nahm den Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten an und gestaltete die Regierungsvorlage dadurch so um, daß alle Bestimmungen über die direkte Wahl beseitigt und die bisherigen Vorschriften über die Wahl der Wahlmänner wiederhergestellt werden. Die §§ 12, 13, 15 und 16 wurden mit einigen Aenderungen angenommen.

Berlin, 23. Februar. Das Abstimmungsergebnis über den Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums auf Beibehaltung der indirekten und Einführung der geheimen Wahl gestaltete sich in der Dienstagssitzung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses im einzelnen wie folgt: Gegen den Antrag stimmten die drei Freisinnigen, drei Freikonservative (der vierte fehlte bei der Abstimmung), ein Pole und ein Sozialdemokrat. Die 20 für den Antrag abgegebenen Stimmen bestehen aus den drei Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum. Vier Mitglieder fehlten. Der Vertreter der Polen nahm die gleiche Haltung ein wie die Freisinnigen; er wandte sich gegen die Verquickung von geheimer und direkter Wahl und stimmte dann, als die Mehrheit auf dieser Verkoppelung bestand, gegen den ganzen Antrag. Bei der nächsten Sitzung der Kommission am Donnerstag wird die erste Lesung des Regierungsentwurfs ihren Abschluß finden; die zweite Lesung wird dann am 1. März beginnen. Zwischen den beiden Lesungen sollen allem Anscheine nach die Verhandlungen „hinter den Kulissen" noch fortgeführt werden.

•

Zu dieser neuen Wendung der preußischen Wahlrechtsverhandlungen wird uns noch aus Berlin geschrieben:

Das nationalliberal-ultramontan-konservative Kompromiß bedeutet weiter nichts als die Verwirklichung jenes Vorschlags des Freiherrn Octavio v. Zedlitz, der sofort nach seinem Erscheinen als lächerlich und geradezu verrückt abgetan wurde. Herr v. Zedlitz schlug vor, das öffentliche Wahlrecht in den ländlichen Kreisen beizubehalten, in den städtischen, von der Sozialdemokratie beherrschten aber die geheime Abstimmung einzuführen. Das Kompromiß gesteht zum Scheine allen Wahlkreisen die geheime Abstimmung zu, ordnet sie aber so, daß sie sich nirgends durchsetzen läßt als in der dritten Klasse der großstädtischen Kreise. Da hat's erreicht, Octavio!

Daß das Zentrum und die Nationalliberalen um Abschluß eines derartigen Kompromisses die Hand geboten haben, bedeutet einstweilen den Gipfelpunkt des gewissenlosen, betrügerischen Spieles, das von diesen beiden Parteien mit verschiedenem Glück, weil mit verschiedener Geschicklichkeit gespielt wird. Das Zentrum handelt mit der kaltblütigen Gerissenheit des berufsmäßigen Falschspielers, es salviert sich vor seinen Wählern durch ein platonisches Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht, das ja gänzlich ungefährlich bleibt, solange die dummen Teufel von Nationalliberalen sich dagegen erklären. Das Zentrum behauptet, für das gleiche und direkte Wahlrecht zu sein, es verschachert aber das selbst in der Regierungsvorlage zugestandene direkte Wahlrecht und sperrt sich gegen jeden Schritt zur Rechtsgleichheit, indem es die schändlich ungerechte Wahlkreiseinteilung verteidigt. Dafür holt es sich bei seinen leider allzuleichtgläubigen Wählern Generalablaß, indem es versichert, es habe das Reichstagswahlrecht einzuführen versucht, aber die Nationalliberalen hätten nicht gewollt, und darum sei eben nichts Besseres zustande gekommen. So geht es den plumpen Nationalliberalen genau wie dem armen Isegrimm in der Tierfabel: er wird seine Prügel bekommen, während sich Reinecke-Zentrum mit seiner Beute in die Büsche schlägt.

Das Zentrum betrügt seine Wähler — aber daß die Nationalliberalen ihm dabei unter Aufopferung der eigenen Interessen behilflich sind, ist so ziemlich das Tollste, was man in der Geschichte der deutschen bürgerlichen Parteien erlebt hat. Die Demokratie soll angeblich nach dem berühmten Wort des regierenden Dreiklassenphilosophen die Sitten verflachen und verrohen. Was an Gewissenlosigkeit, Heimtücke, politischer Unfähigkeit und sonstigen edlen menschlichen Eigenschaften unter dem Klassensystem gedeckt wird, das kann man jetzt an den Beschlüssen der preußischen Wahlrechtskommission erkennen. Das preußische Abgeordnetenhaus erweist sich auch hier als das würdige Kind jenes urpreußisch eigenartigen Rechtssystems, dem es seine Entstehung verdankt.

•

Gegen Polizeitaten und für freies Wahlrecht.

Aus Frankfurt a. M. wird uns unterm 23. Febr. geschrieben:

k. Am Dienstag haben die Frankfurter Stadtverordneten fast einmütig gegen die Polizeibrutalitäten protestiert und den Magistrat beauftragt, dagegen Verwahrung einzulegen. Am Mittwoch nachmittag erhob die Frankfurter Arbeiterschaft ihre Stimme gegen das Treiben der Polizei in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag. Neun Versammlungen waren auf nachmittag 4 Uhr angesetzt. Aber diese neun reichten lange nicht aus, es mußten in mehreren Stadtteilen noch weitere eröffnet werden. In gewaltigen Scharen kamen die Arbeiter aus den Fabriken herbeigeströmt. Wie in den größten Betrieben der Metallbranchen, so verließen auch die Arbeiter anderer Berufe geschlossen um 3 oder 3½ Uhr die Arbeitsstätte. Ungefähr 15 bis 20000 Arbeiter mögen es gewesen sein, die direkt von der Arbeit in die Versammlungen zogen. Die einzelnen Versammlungen waren lange vor Beginn überfüllt. Im Gewerkschaftshaus wurden zwei Versammlungen abgehalten, aber immer größere Massen stauten sich vor dem Gewerkschaftshaus, die keinen Einlaß mehr fanden. Man improvisierte in einigen in der Nähe gelegenen Sälen noch zwei Versammlungen, aber auch diese konnten die Demonstranten nicht alle aufnehmen, so daß noch viele Hunderte auf der Straße standen. In anderen Stadtteilen ging es ebenso. Die Polizei hatte die alten Maßnahmen getroffen, ihre sämtliche Mannschaft stand bereit.

In den Versammlungen herrschte eine frohe Kampfesstimmung. Die Versammelten gaben ihrer tiefen Entrüstung über die Polizeitaten durch Zustimmung zu den Ausführungen der Redner kund. Von den Referenten wurde u. a. auch scharf kritisiert, daß in der Stadtverordnetenversammlung Oberbürgermeister Adickes das Vorgehen der Polizei noch verteidigt und gelobt habe und Nationalliberale ihm dabei sekundierten. In allen Versammlungen wurde eine scharfe Resolution gegen die Polizei angenommen. Es heißt in ihr, die Polizeiorgane hätten sich in zahlreichen Fällen ohne Grund der erschwerten Körperverletzung schuldig gemacht und das Leben der Einwohner in ganz unnötiger Weise bedroht. Die Versammelten versichern, mit allen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den preußischen Landtag eingeführt wird.

In allen Versammlungen wurden die Teilnehmer ermahnt, sich nicht provozieren zu lassen und ruhig nach Hause zu gehen. Die Partei hatte eine größere Zahl Ordner aufgestellt, die auf der Straße die Massen aufforderte, heimzugehen und keinen Zug zu bilden. Danach wurde auch gehandelt. In losen Trupps zogen die Versammlungsteilnehmer heimwärts. Nur von Bornheim kam ein größerer Trupp, der u. a. am Polizeipräsidium und am Gewerkschaftshaus Hochrufe auf ein freies Wahlrecht ausbrachte. Die Polizei verhielt sich ruhig. Da sich keine uniformierten Beamten auf der Straße sehen ließen, verlief alles ohne jeden Zwischenfall oder Zusammenstoß. Ein weiterer Beweis dafür, daß es auch am Sonntag und Donnerstag zu keinen Zusammenstößen gekommen wäre, wenn die Polizei sich ruhig verhalten hätte. Darum liegt die ganze Schuld und Verantwortung auf der Polizei.

•

Neumünster.

Es wird berichtet: Die Polizei in Neumünster will gegen die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen der Vorgänge am Wahlrechtssonntag vorgehen. Sie sollen angeblich wegen Auftuhrs und Landfriedensbruchs angeklagt werden. Ferner soll gegen alle Anklage erhoben werden, die bei der Polizeiaffäre mehr oder weniger verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Patriot, der die Feldzüge 1864, 1866, 1870 und 1871 mitgemacht, mit der Arbeiterbewegung aber gar keine Fühlung hat. Die Beamten sollen für ihr schmähliches Vorgehen belohnt werden. Es soll den städtischen Kollegien von dem Magistrat ein Antrag unterbreitet werden, wonach Beamten für die Wahrnehmung ihres Dienstes Belohnungen gewährt werden sollen.

•

Das Reich gegen die preußische Reaktion.

Nürnberg, 22. Februar. Hier tagten am Montag abend 15 Parteiversammlungen, in denen überall die preußische Wahlrechtsreform als erster Punkt auf der Tagesordnung stand. Im Landbezirk Nürnberg haben bereits am Sonnabend und Sonntag sieben Versammlungen stattgefunden. In allen 22 Versammlungen kam die leidenschaftlichste Empörung über die preußische Reaktion zum Ausdruck, die auch für die übrigen Bundesstaaten eine schwere Gefahr bildet. Es wurde in allen Versammlungen einstimmig eine Resolution angenommen, in der dem für die Erringung des Wahlrechts kämpfenden preußischen Volke Sympathie ausgesprochen und die Kämpfer ersucht werden, nicht zu ruhen, bis das Bollwerk des verderblichen Junkerregiments, das schändliche Dreiklassenwahlrecht, gefallen ist. Es wird ferner protestiert gegen das reichsverräterische Gebaren des Junkertums, wie es sich in den Worten Oldenburgs dokumentiert; entschiedenster Protest wird erhoben gegen die Bedrohung des Reichstagswahlrechts durch den höchsten verantwortlichen Beamten des Reiches im preußischen Landtag. Es wird auf die geradezu reichszerstörerische Tendenz dieser Bestrebungen nach Beseitigung des Reichstagswahlrechts hingewiesen, und von der bayrischen Regierung wird gefordert, daß sie im Bundesrat diesen Umsturzplänen mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

Die englische Thronrede.

Von unserem Korrespondenten.

j. a. London, 22. Februar.

Die politische Lage in England entwickelt sich mit dramatischer Schnelligkeit. Die Thronrede hat der beispiellosen Spannung der letzten, der gänzlichen Unsicherheit über die Pläne der Regierung ein Ende gemacht. Asquith hat dem Unterhause und dem Lande endlich Aufschluß darüber gegeben, welche Politik die Regierung im neuen Parlamente zu befolgen gedenkt, und es ist nicht zu viel, wenn wir sagen, daß er dabei bis in die tiefsten Tiefen politischer Ehrlosigkeit und wohlüberlegten Volksverrates hinabgestiegen ist. Die erregten, besorgniserfüllten Diskussionen, die in den letzten Tagen die Spalten der Tagespresse füllten, hatten bereits deutlich gezeigt, daß in den Beziehungen zwischen der liberalen Partei und den anderen Teilen der „Koalition", zwischen der Regierung und der liberalen Partei, der Regierung und dem König und schließlich zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb des Kabinetts selbst, nicht alles mit der gewünschten Ordnung und Eintracht hergehe. Man mußte sich darauf gefaßt machen, daß Asquith versuchen würde zu kneifen, sich der Erfüllung der den Wählern gegebenen Versprechungen zu entziehen. Aber einen so offenkundigen Verrat aller feierlichen Erklärungen, eine so eklatante Mißachtung aller Wünsche der Wähler, aller Forderungen jener Fraktionen, die bisher der Regierung das weitgehendste Vertrauen entgegengebracht und denen sie einen großen Teil ihrer Wahlerfolge zu verdanken hatte, hätte man schwerlich für möglich gehalten. Asquith, der jahrelang mit Geschick und Erfolg die Pose des schweigsamen aber charakterfesten, trockenen und kühlen, aber streng rechtschaffenen und wortbaltenden Politikers zu bekleiden wußte, hat sich als einer der schäbigsten politischen Glücksritter, als einer der skrupellosesten Demagogen entpuppt. Das englische Volk ist in unglaublich dreister Weise von seinen Ministern betrogen worden.

Wenn man recht hören will, offenbart die Thronrede allerdings Mut und Entschlossenheit der Regierung, aber dieser Mut und diese Entschlossenheit werden nicht gegenüber denen aufgebracht, gegen die der Wahlkampf der Regierung gerichtet war, gegen die Konservativen und die Lords, sondern gegen die Verbündeten der Regierung, gegen die Iren und die Arbeiterpartei. Man sieht jetzt, wie recht die konservativen Times hatte, als sie vor einigen Wochen bemerkten, die Regierung werde nicht die Macht besitzen, eine liberale radikale Politik zu betreiben, aber gerade stark genug sein, um die Politik der Konservativen auszuführen, um ihre Arbeit zu verrichten. Wer würde es der Thronrede anmerken, daß sie das Programm einer Regierung darstellt, die soeben aus einem Wahlkampfe siegreich hervorgegangen ist, der ein Entscheidungskampf gegen die Mächte der Reaktion und des Privilegs sein sollte? Man kann ohne Uebertreibung behaupten: hätten die Konservativen bei den letzten Wahlen den Sieg davongetragen, dann hätte die Thronrede Balfours auch nicht viel anders lauten können als die gestrige Thronrede Asquiths.

Obschon die Thronrede die Erledigung der Frage des Oberhauses als das — abgesehen vom Budget — einzige Aktionsprogramm der Parlamentssession darstellt, so ist diese Frage dennoch infolge des Wortlauts der Thronrede in weite Ferne gerückt. Von den Garantien, die die Regierung sich verschafft haben sollte, daß eine vom Unterhause zu beschließende Einschränkung des Vetos des Oberhauses auch wirklich Gesetz werden würde, mit anderen Worten, von einer Garantie dafür, daß der König nötigenfalls bereit sein werde, einen genügenden Pairsschub vorzunehmen, um die Gesetzwerdung einer solchen Vorlage sicherzustellen, davon ist keine Spur. Mit einer trockenen Selbstverständlichkeit, die jeden ehrlichen Menschen empören muß, erklärte Asquith, daß er an die Herbeischaffung solcher Garantien niemals gedacht habe und daß ein ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100224/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG